

Apotheken und Ärzte aus Westdeutschland demonstrieren gemeinsam

Bei einer Kundgebung in Dortmund protestieren beide Berufsgruppen gegen die Gesundheitspolitik der Bundesregierung und für den Erhalt der wohnortnahen Versorgung der Bürger.

Dortmund, 15.11.2023. Die Teams der Apotheken und Arztpraxen sind an diesem Mittwoch in Dortmund gemeinsam auf die Straße gegangen. Rund 5.000 Teilnehmer haben sich an einer Protestkundgebung gegen die Gesundheitspolitik der Bundesregierung beteiligt. Zugleich sind viele Hausarztpraxen in NRW und die meisten Apotheken in NRW, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland an diesem Tag geschlossen geblieben.

„Dass sich beide Berufsgruppen zusammenschließen und sich so viele Apotheken und Praxen an diesem Protest beteiligen, hat es noch nie gegeben. Das zeigt, dass der Druck riesig ist und es immer schwieriger wird, die Patientinnen und Patienten vor Ort vernünftig zu versorgen“, so Gabriele Regina Overwiening, Präsidentin der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA). Massive Lieferengpässe bei Arzneimitteln, eine unzureichende Finanzierung, ein überbordendes Maß an Bürokratie und zugleich ein enormer Fachkräftemangel machten beiden Berufsgruppen gleichermaßen extrem zu schaffen, so Overwiening.

„Wenn Apotheken- und Praxisteams gemeinsam – so wie heute - gegen die Berliner Gesundheitspolitik protestieren, dann muss schon etwas ganz schön im Argen liegen in der ambulanten Gesundheitsversorgung“, sagt Dr. Volker Schrage. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) erläutert: „Die ambulante Versorgung der Menschen in NRW und ganz Deutschland ist tatsächlich in Gefahr. Die aktuelle Politik mit Bürokratiewahnsinn, Unterfinanzierung und mangelhafter Gesetzgebung führt bei den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten zum Praxenkollaps. Das muss verhindert werden, denn: Praxis weg, Gesundheit weg!“

„Wir müssen uns Gehör verschaffen, im Sinne unserer Praxisteams und im Sinne unserer Patientinnen und Patienten“, ergänzt Lars Rettstadt, erster Vorsitzender des Hausärzterverbandes Westfalen-Lippe. „Die immer angespanntere Lage in unseren Praxen, die überbordende Bürokratie, die unzureichende Finanzierung der ambulanten Infrastruktur und die fehlende Unterstützung seitens der Politik gefährden die wohnortnahe hausärztliche und gebietsärztliche Versorgung.“

„Die Apotheken vor Ort sind mittlerweile massiv unterfinanziert, nachdem die staatlich geregelte Vergütung seit zehn Jahren nicht mehr angepasst worden ist“, so Thomas Rochell, Vorstandsvorsitzender des Apothekerverbandes Westfalen-Lippe (AVWL). Die Zahl der Apothekenschließungen nehme weiter zu. „Statt aber die Apotheken nun endlich zu stabilisieren, plant der Gesundheitsminister auch

noch, eine „Schein-Apotheke“ zu schaffen – ohne Nacht- und Notdienste, ohne Eigenherstellung z.B. von Fiebersäften und ohne Apotheker. Das bedeutet letztlich für die Patientinnen und Patienten Leistungskürzungen.“

Nicht nur der Zusammenschluss der beiden Berufsgruppen ist an diesem Tag ungewöhnlich gewesen, sondern auch, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam auf die Straße gegangen sind. So hat die Gewerkschaft der Apothekenbeschäftigten (ADEXA) den Protest unterstützt, wie Bundesvorstand Andreas May erklärt: „Als Gewerkschaft für die Apothekenangestellten ist uns wichtig: Die Apotheken brauchen einen Ausgleich für die immens gestiegenen Kosten! Politik muss endlich handeln! Apotheken vor Ort brauchen eine angemessene Vergütung für die tägliche, unverzichtbare Leistung der Apothekenteams – damit ADEXA wiederum angemessene Tarifgehälter und bessere tarifliche Arbeitsbedingungen aushandeln kann.“ Bei hoher Inflation und steigenden Kosten müssten die Löhne der Mitarbeiter, die in Zeiten der Lieferengpässe Enormes leisteten, angepasst werden, bestätigt Thomas Rochell. „Wir können diese Tarifsteigerungen aber nicht gegenfinanzieren, wenn die Politik nicht endlich die Vergütung anpasst“, so Thomas Rochell.

„Die Politik muss endlich ihrer Verantwortung gerecht werden und die Apotheken vor Ort stabilisieren, damit die qualitativ hochwertige Arzneimittelversorgung nicht in Gefahr gerät“, so Gabriele Regina Overwiening an die Bundesregierung gerichtet.

Hinweis an die Redaktionen: Bilder vom Protesttag finden Sie unter folgendem Link zum Download und zur redaktionellen Verwendung: <https://daten.akwl.de/d/2442963c45034be1b794/>

Rückfragen und Kontakt: Nina Grunsky, Tel.: 0251/5393834, presse@avwl.de